

Sollte eine Gebotszone nicht über ausreichend Erzeugungskapazitäten verfügen, um den Stromverbrauch in der Gebotszone zu decken, so kann dieser Verbrauch auch über Importe gedeckt werden. Eine solche Situation bestand für Deutschland in keiner einzigen Stunde des vergangenen Winters. Demgegenüber ist Frankreich an sehr kalten Tagen regelmäßig auf Stromimporte angewiesen, auch bei hoher Verfügbarkeit seiner Kernkraftwerke.

30. Abgeordneter **Dr. Klaus Wiener** (CDU/CSU) Wie hoch ist aus Sicht der Bundesregierung das Risiko, dass die erheblichen Subventionen für die Ansiedlung des Chipherstellers Intel in Magdeburg mit 10 Mrd. Euro bzw. 3,3 Mio. Euro pro Arbeitsplatz schlussendlich nicht zu der erhofften Produktion von Halbleitern am Standort Deutschland führen werden, weil die Europäische Kommission ein Verbot von Fluorpolymeren (PFAS) plant, dass eine Chipproduktion in Deutschland bzw. Europa nach dem heutigen Stand der Technik unmöglich machen würde?

**Antwort des Staatssekretärs Udo Philipp
vom 4. Juli 2023**

Die Bundesregierung begleitet das Projekt von Intel in Magdeburg mit hoher Priorität. Das Ansiedlungsvorhaben in Magdeburg hat eine hohe industriepolitische Bedeutung und reiht sich ein in die Gesamtarbeit der Bundesregierung für eine Stärkung des Halbleiterstandorts Deutschland und Europa.

Die Bundesregierung kann die in der Frage unterstellte Annahme, dass die Europäische Kommission ein Verbot von Fluorpolymeren plant, welches eine Chipproduktion in Deutschland bzw. Europa nach dem heutigen Stand der Technik unmöglich macht, nicht bestätigen. Auch das Dossier von fünf Fachbehörden zur Einleitung eines wissenschaftlichen Verfahrens nach der REACH-Verordnung für die Gruppe der per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) beinhaltet keinen Verbotsvorschlag, der eine Chipproduktion in Deutschland bzw. in Europa unmöglich machen würde.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Finanzen**

31. Abgeordneter **Andreas Bleck** (AfD) Plant die Bundesregierung, kommunale Verpackungssteuern durch die Änderung europarechtlicher oder bundesrechtlicher Regelungen auszu-schließen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Katja Hessel
vom 6. Juli 2023**

Die Bundesregierung verfolgt derzeit keinen entsprechenden Plan.

32. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Sieht sich der Bund grundsätzlich mit seiner Verwaltungsgesellschaft „Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft“ im Zusammenhang mit den Ewigkeitskosten des Braunkohleabbaus am Tagebau Finkenheerd in der Verantwortung, sich an den Kosten der Sanierung des Helenesees in Frankfurt (Oder) zu beteiligen, und welchen Anteil der Kosten wird der Bund übernehmen (www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/2023/06/brandenburg-zustand-helenesee-frankfurt-sanierungsbeginn-wann.html)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Florian Toncar
vom 5. Juli 2023**

Bund und Länder beteiligen sich an der Finanzierung der Braunkohlesanierung in den ostdeutschen Bundesländern nach Maßgabe des Verwaltungsabkommens über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten vom 1. Dezember 1992 (VA Altlastenfinanzierung) in der Fassung vom 10. Januar 1995 sowie der ergänzenden Verwaltungsabkommen über die Finanzierung der Braunkohlesanierung, aktuell dem Sechsten ergänzenden Verwaltungsabkommen Braunkohlesanierung für die Jahre 2023 bis 2027.

Derzeit prüfen das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe des Landes Brandenburg (LBGR) und die Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) die komplexe Sach- und Rechtslage zum Helenesee. Die Prüfungen dauern noch an. Bund und Länder haben dementsprechend im Steuerungs- und Budgetausschuss (dem nach den Verwaltungsabkommen zuständigen Gremium) noch keinen Beschluss über eine Finanzierung der Sanierungskosten gefasst.

33. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)
- In welchem Umfang gibt es nach Erkenntnis der Bundesregierung sogenannte „Off Ledger Bank Accounts“ im deutschen Finanzsystem?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Florian Toncar
vom 7. Juli 2023**

Der Begriff „Off Ledger Bank Accounts“ ist nach Angaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank und nach Kenntnis der Bundesregierung weder im Bankgeschäft noch in der Bankenaufsicht gebräuchlich. Es liegen daher keine Kenntnisse über den Umfang solcher Konten im deutschen Finanzsystem vor.